

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	2. Sitzung Hauptausschuss
	Termin:	9. Dezember 2014, 16:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Großer Sitzungssaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

1.

Punkt 1 der Tagesordnung: Transatlantisches Freihandelsabkommen TTIP - Diskussion zur Positionierung des Gemeinderates

Vorlage: 2014/0252

dazu:

Karlsruher Resolution zu TTIP, CETA und TISA

Änderungsantrag der Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 8. Dezember 2014

Vorlage: 2014/0810

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Vorlage sowie die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme, keine Abstimmung

Antrag GRÜNE: Bei 6 Ja-Stimmen, ansonsten Ablehnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und verweist auf die rechtzeitig zugegangene Einladung zur Sitzung.

Er ruft Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf. Kein Thema beschäftige im Moment die Kommunalparlamente so sehr wie das Thema TTIP. Man habe im Gemeinderat zum einen besprochen, sich eventuell in einer Resolution als Gemeinderat der Stadt Karlsruhe zu diesem Thema zu äußern, zum anderen, sich im Hauptausschuss in öffentlicher Sitzung intensiv mit diesem Thema zu beschäftigen.

Man sei sich einig gewesen, einen Experten einzuladen, welcher über seine Kenntnisse der Diskussion in Brüssel berichte, der aber auch Auskunft geben könne, inwieweit sich schon Bestrebungen und Diskussionsstränge der Kommunen in Brüssel und auf anderen Ebenen wiederfänden.

Man könne zwar eine Resolution verabschieden, wichtig sei aber, dass man innerhalb der kommunalen Vertretungen Druck mache und die Meinung des Gemeinderates einbringe.

Es werde nicht mit den Städten verhandelt, sondern mit den Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen.

Er begrüßt Herrn Dr. Nutzenberger, Leiter des Brüsseler Büros des Städte- und Gemeindebundes, welcher anhand einer Powerpoint-Präsentation das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP vorstellt.

In der sich anschließenden Diskussion merkt **Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke)** an, anhand der Ausführungen von Herrn Dr. Nutzenberger zeige sich, dass innerhalb der Diskussionen weder die Städte noch die Gewerkschaften oder verschiedene gesellschaftliche Gruppierungen berücksichtigt würden. Dies widerspreche seinem Verständnis von demokratischer Meinungsbildung und sei ein Kernpunkt der Kritik.

Er wolle es anhand eines Beispiels verdeutlichen: Wenn in einem Nachbarland ein Konzern keine Mindestlöhne zahle, daher billiger produzieren könne und dann im Wettbewerb sage, er müsse den Auftrag bekommen, dann werde die Klage kommen. Am Ende sei man dann im Tarifstreit nicht wettbewerbsfähig. Man werde dann gezwungen, schlechte Bedingungen zu machen.

Prinzipiell sei er dafür, dass es Abkommen gebe, wie man weltweit miteinander wirtschaftete. Es könne aber nicht sein, dass man von stärkeren Staaten, wie den USA, Dinge aufgedrückt bekäme, die letztlich zum Nachteil vieler Staaten, Unternehmen, Kommunen führten. Die Geheimhaltung der Beratungen bestätige, dass gewisse Interessen verfolgt würden.

Es sei wichtig, dass man als Gemeinderat eine eigene Haltung einnehme und sich positioniere.

Stadtrat Høyem (FDP) erklärt, dies sei kein Karlsruher Thema, sondern ein bundespolitisches. Er bedankt sich für den Vortrag. Er freue sich über die Möglichkeit der Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze.

Der Vorsitzende stellt fest, Herr Dr. Nutzenberger habe von europäischem Primärrecht gesprochen, welches durch solche Handelsabkommen nicht geändert werden könne, und von Sekundärrecht, über welches man hinausgehen könne. Er bittet um ein Beispiel, was darunter zu verstehen sei.

Herr Dr. Nutzenberger antwortet, europäisches Primärrecht seien die Menschenrechte. Europäisches Sekundärrecht seien die Regeln für das öffentliche Auftragswesen. Wenn die Regeln des öffentlichen Auftragswesens bei TTIP so wären, dass sie das Auftragswesen änderten, dann gelte TTIP. Aber das werde nicht die Regel sein, denn das öffentliche Auftragswesen sei weitgehend liberalisiert.

Es könne aber möglich sein, dass verschiedene Sekundärrechte, z. B. Umweltstandards, geändert werden können. Die Wahrscheinlichkeit sei aber relativ gering.

Bezüglich der Diskussion und Offenheit stellt er fest, dass man an die Europäische Kommission herangetreten sei und auch das Europäische Parlament informiert habe. Man habe beim Europäischen Parlament die Situation gehabt, dass nur eine kleine ausgewählte

Gruppe von Parlamentariern über den Stand der Dinge informiert gewesen sei. Das solle sich in den nächsten Monaten ändern. Wenn alle informiert seien, gehe es automatisch nach außen in die Gesellschaft. Es sei aber richtig, dass man Aussagen nicht nachprüfen könne, da man keinen Text habe. Es sei auch richtig, dass die Offenheit der Verhandlungen nicht gewährleistet sei. Fortschritte seien aber erreicht worden.

Bezüglich des Beispiels Mindestlohn bekennt er, man könne nicht eingreifen, wie in Amerika produziert oder gehandelt werde. Wenn jedoch amerikanische Unternehmen in Europa ein Tochterunternehmen gründeten, könnten sie sagen, sie produzierten in Europa und hätten dann das Recht, sich auf dem Markt in Deutschland zu betätigen.

Die offensiven Interessen der deutschen Wirtschaft lägen ganz stark auf der Erfüllung von TTIP. Auch wenn sich die kommunale Seite völlig dagegen stellen würde, würde sie es politisch nicht schaffen. Faustformel für die kommunale Seite müsse sein: Wenn man die Daseinsvorsorge garantiere, sei man auch für TTIP.

Stadtrat Marvi (SPD) meint, alle Meinungen des Gemeinderates müssen zum einen die Risiken widerspiegeln, die man für die kommunale Daseinsvorsorge und soziale und ökologische Standards sehe. Zum anderen müsse man die Chancen sehen, die es für Beschäftigung, Wachstum, Innovation für kleinere und mittlere Unternehmen gebe.

Seine Fraktion fühle sich ausreichend über die kommunalen Spitzenverbände in Form des Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium, aber auch in Form der Position und Resolution vertreten. Man dürfe nicht zulassen, dass jede Kommune oder Großstadt eigene abweichende Positionen beziehe. Daher halte seine Fraktion eine Resolution des Karlsruher Gemeinderats für verzichtbar. Eher plädiere man dafür, sich dem Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände anzuschließen.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE) sieht das Transatlantische Freihandelsabkommen kritischer als ihr Vorredner. Die Risiken überwiegen deutlich. Den Privatisierungsdruck sehe man sehr kritisch; auch die politische Einflussnahme auf die kommunale Daseinsvorsorge in den Bereichen Gesundheitswesen, Müllbeseitigung Bildung, ÖPNV wolle man behalten.

Bei den Handelsabkommen gehe es darum, heute gültige Gesetze, Standards, die aus gutem Grund geschaffen worden seien, abzubauen. Das sehe ihre Fraktion sehr kritisch. Daher habe man im September einen Antrag gestellt. Damals sei der Vorschlag einer eigenen Karlsruher Resolution zu diesem Thema gemacht worden. Das sei wichtig, weshalb man heute noch einmal einen Änderungsantrag gestellt habe, welcher sich an den Äußerungen des Städtetags orientiere. Dieser habe sich im Oktober deutlich kritischer positioniert. Trotzdem halte sie es für wichtig, dass man von Karlsruhe ausgehend etwas mache. Dies sei ein wichtiges Signal für die Bevölkerung und die Diskussion, die noch stattfinden müsse.

Die Verwaltung könne einen eigenen Resolutionstext vorschlagen, welchen man im Ausschuss noch diskutieren könne. Dieser könne durchaus noch kritischer sein. Ihre Fraktion habe sich jetzt auf die Punkte der Vorlage konzentriert, weil man auf breite Zustimmung hoffe.

Ihrer Fraktion gehe es darum, die kommunale Organisationsfreiheit bei der Daseinsvorsorge zu erhalten und dass der Anwendungsbereich über eine Positivliste definiert werde, so dass

alles ausgeschlossen sei, was die kommunale Daseinsvorsorge betreffe und nur Ausnahmen für die Handelsabkommen definiert würden. Wichtig sei der Vorrang der nationalen Gerichtsbarkeit, auch für Investoren aus Drittstaaten. Wichtig sei auch, Umwelt- und Sozialstandards beizubehalten. Man wolle noch mehr Transparenz schaffen. Es sei wichtig, eine kommunale Vertretung in die Expertengruppen der EU-Kommission mit einzubeziehen. Auch die Einbindung der betroffenen Öffentlichkeit in allen Verhandlungsphasen müsse gewährleistet sein.

Ihrer Fraktion sei wichtig, dass diese Punkte in den Resolutionstext mit aufgenommen würden. Man wolle, dass Karlsruhe sich beteilige und ein klares Signal nach außen an die Bevölkerung, aber auch die Bundesregierung sende, sich klar und eindeutig zu positionieren.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU) kann sich seiner Vorrednerin nicht anschließen. Seine Fraktion fühle sich ausreichend informiert. Den Unterlagen sei das gemeinsame Positionspapier von Städtetag, Landkreistag usw. zum internationalen Handelsabkommen beigelegt. In diesem werde darauf hingewiesen, welche Bedeutung dieses Abkommen für Baden-Württemberg aufgrund der hohen Exporte Baden-Württembergs in die USA haben werde.

Stadtrat Wohlfel (KULT) verweist auf NAFTA - North American Free Trade Agreement. Hierbei könne man sehen, dass die positiven Effekte, die Herr Høyem ausgeführt habe und die sich viele erhofften, meist weit hinter den Erwartungen zurückblieben.

Seine Fraktion sehe es nicht als Schwächung anderer kommunaler Vertretungen, wenn man eine Resolution mache. Es sei legitim, über das hinauszugehen, was manche Verbände vertreten. Trotzdem beinhalte die Resolution auch die Punkte, die von diesen Verbänden vertreten würden.

Über die Freihandelsabkommen könne aber auch der Markt gestärkt, um unternehmensfreundlichere, wettbewerbsfreundlichere Bedingungen zu schaffen. Auch aus juristischer Sicht sei es ein Rückschritt, wenn man nicht mehr auf die nationale Gerichtsbarkeit vertraue. Wenn man davon ausgehe, ein Rechtsstaat zu sein, solle man eventuelle Streitigkeiten vor den eigenen Gerichten verhandeln lassen.

Stadtrat Bernhard (AfD) führt aus, seine Gruppierung sei grundsätzlich für Freihandelsabkommen und insbesondere auch für die Verhandlungen mit den USA und Kanada. Grundsatz bei solchen Verhandlungen müsse aber Transparenz sein. Auch müssen die Betroffenen über ihre Repräsentanten ausreichend beteiligt werden. Diese Beteiligung sehe er aufgrund der geheimen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen, ohne die Betroffenen zu beteiligen, nicht.

Daher fordere seine Gruppierung die Stadt Karlsruhe auf, sich dem Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetags vom 12. Februar 2014 anzuschließen, in welchem gefordert werde, die kommunale Daseinsvorsorge, die nicht liberalisierten Bereiche öffentliche Wasserversorgung usw., soziale Dienstleistungen davon auszunehmen. Man müsse als Stadt Karlsruhe Stellung beziehen, dass dies nicht geschehe.

Der Deutsche Städtetag stelle fest, dass die Rechte der gewählten Parlamentarier auf europäischer, nationaler, Länder- und kommunaler Ebene nicht wirklich berücksichtigt würden. Viele Städte hätten solche oder ähnliche Resolutionen verabschiedet. Es sei wichtig, dass

nicht nur ein Spitzenverband Stellung beziehe, sondern auch die einzelnen Kommunen klar machten, dass Handlungs- und Nachbesserungsbedarf bestehe.

Die Investitionsschutzregelung halte er für überflüssig. Es gebe in Europa und Amerika für Unternehmen ausreichend internationale gerichtliche Möglichkeiten, Rechtsschutz zu erlangen.

Es sei auch klar, dass europäische Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandards nicht beschränkt oder eingefroren werden dürfen. Man habe gehört, dass das Abkommen über dem Sekundärrecht stehe. Damit wäre eine demokratische Weiterentwicklung nur schwer möglich.

Deshalb unterstütze seine Gruppierung den Antrag. Er enthalte nur Dinge, denen eigentlich jeder zustimmen müsse. Niemand könne dagegen sein, dass die Daseinsvorsorge bei den Kommunen nicht sichergestellt werde, dass die Beibehaltung nationaler Umwelt-, Sozial- und Verbraucherstandards nicht gewährleistet werde. Aus seiner Sicht verstehe es sich von selbst, dieser Resolution zuzustimmen und damit als Stadt ein Zeichen zu setzen.

Stadtrat Kalmbach (GfK) findet die Diskussion interessant. Das Problem sei, dass man nicht wisse, was komme. Man gehe von Vermutungen aus. Man habe noch keine Texte, noch keine Klarheiten. Aufgrund dieser Unklarheiten eine Resolution zu machen, erscheine ihm nicht sehr wirkungsvoll.

Er wünsche sich mehr Klarheit, bevor man Stellung beziehe. Man solle die nationalen Verbände stärken. Dies sei erfolgversprechender.

Stadtrat Høyem (FDP) meint, man benötige keine Resolution. Es sei logisch, dass man dann in Baden-Württemberg mit den vielen kleinen und mittleren Firmen einen Vorteil gegenüber den internationalen großen Firmen habe. Denn die Handelsbehinderungen seien für die internationalen Großkonzerne nicht so schwierig wie für die kleineren und mittleren Firmen.

Herr Dr. Nutzenberger stimmt diesem zu. Er weise aber darauf hin, dass sich die kommunalen Spitzenverbände mit der Daseinsvorsorge beschäftigten. In jeder Stellungnahme des Deutschen Städte- und Gemeindebundes könne man lesen, dass man einen Investitionsschub benötige, dass die Wirtschaft sich entfalten müsse.

Das Misstrauen gegenüber TTIP beruhe darauf, dass man die genaue Satzstellung der Texte nicht kenne. Man wisse auch nicht, was geschehe, wenn man Satzungen ändere. Man könne die Satzungen nicht einfrieren. Es könne sein, dass man bei einer Änderung an die Interessen verschiedener Unternehmen stoße und diese dann dagegen klagten. Dies müsse noch geklärt werden.

In einer Fernsehsendung sei gesagt worden, dass die Wasserwerke in Karlsruhe private Anteile hätten. Wenn dem so sei, müsse man bei der nächsten Ausschreibung der Konzession nicht nur europaweit, sondern TTIP-weit ausschreiben. Dies sei eine Schlussfolgerung, die aus TTIP zu ziehen sei. Bei TTIP bekomme man dann eventuell noch einen Konkurrenten aus Amerika dazu.

Bei den Sozialdienstleistungen gebe es einen Optimismus, den er nicht teilen könne. Die Dienstleistungen werden ausgeschrieben. Dann gebe es Angebote und dann werde verhandelt. Dies sei ein Markt, welcher immer interessanter werde, auch für amerikanische Firmen. Diese könnten dann mitbieten. In den letzten Jahren sei unterschätzt worden, dass man im Sozialbereich eine etwas prekäre Situation habe. Es werde eine Nachfrage stattfinden, die durch amerikanisches Kapital gedeckt werden könne.

Es tage bereits eine Expertengruppe unter Vorsitz des Städte- und Gemeindebundes mit der Europäischen Kommission. Auch sitze der Oberbürgermeister von Nürnberg, Herr Maly, im Wirtschaftsministerium und berate mit.

Der Vorsitzende entgegnet, damit sei die Frage beantwortet, wie es mit den Beteiligungsmöglichkeiten aussehe.

Inwieweit wisse Herr Dr. Nutzenberger von der Anfrage an Frau Malmström, dass auch der Rat der Gemeinden und Regionen Europas in der TTIP Advisory Group vertreten sein solle? Räume er diesem eine Erfolgsaussicht ein?

Wenn er richtig informiert sei, müsse das Ganze noch durch Bundesrat und Bundestag. Wie sei der Ablauf der Entscheidungen auf nationaler Ebene?

Herr Dr. Nutzenberger antwortet, man unterstütze den RGE. Der RGE bestehe jedoch aus mehr als 28 Staaten, weil noch einige Nicht-EU-Staaten dabei seien. Deshalb sei die Wahrscheinlichkeit, dass der RGE-Vertreter aus Deutschland komme, nicht sehr hoch.

Momentan sei noch umstritten, ob TTIP vom Europäischen Parlament und Ministerrat verabschiedet werde. Es laufe eine Klage beim Europäischen Gerichtshof. Die zweite Möglichkeit sei, dass es vom Europäischen Parlament, vom Ministerrat und damit auch von den einzelnen nationalen Parlamenten verabschiedet werde. Die nationalen Parlamente hätten jedoch nur die Möglichkeit, ja oder nein zu sagen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich **der Vorsitzende** bei Herrn Dr. Nutzenberger für dessen Ausführungen.

Er schlägt dem Hauptausschuss Kenntnisnahme der Vorlage vor. Aus den Stellungnahmen der einzelnen Fraktionen entnehme er, dass es eine Mehrheit für die Resolution geben könne. In dem Fall schlage er vor, dass die Verwaltung einen Resolutionsvorschlag unter den gemachten Vorgaben formuliere und diesen zur Abstimmung bringe.

Wer dem Antrag der Grünen zustimme, bitte er um ein Handzeichen. - Bei 6 Ja-Stimmen und ansonsten Nein-Stimmen ist der Antrag abgelehnt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: